

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No 470

Mittwoch, 13. Oktober 2010

17. Jahrgang

Indigene guatemalteckische Frauen in Resistenz: Hauptakteurinnen in der Verteidigung der Mutter Erde und ihrer Naturrohstoffvorkommen

Das Guatemala-Projekt von Peacebrigades International (pbi) veröffentlichte im Mai 2010 die gleichnamige Studie, die eine Weiterführung der 2006 publizierten Studie über Bergbau und Menschenrechte in Guatemala ist. In dem aktuellen Bericht wird vor allem die Rolle der Frauen im Kampf um die Lebenssicherung ihrer Familien und Gemeinden untersucht, was in engem Zusammenhang mit dem Recht auf Konsultation über den Abbau von Naturrohstoffvorkommen in ihrem Lebensraum und dem Schutz der Natur steht. Aktuell wird dieses Recht durch über 400 Bergbau- und mehr als 30 Wasserwerkprojekte gefährdet. In der Studie von 2006 wurde hauptsächlich das immer noch aktuelle Thema der Mine Marlin in den Vordergrund gestellt, 2010 werden andere Gebiete Guatemalas betrachtet, die ebenfalls von verschiedenen Megaprojekten bedroht sind: Santa Maria Xalapán in Jalapa, Ixcán in El Quiché und San Juan Sacatepéquez im Departement Guatemala.

Der **erste Teil der Studie** versucht, die Lebensrealität der guatemalteckischen Frauen, vor allem der indigenen Frauen, aufzuzeigen. Wie in anderen Teilen der Welt sind es auch in Guatemala die Frauen, die anteilig am meisten unter Armut und extremer Armut leiden, besonders diejenigen, die in ländlichen Gebieten leben. Auch die Tatsache, einer ethnischen Gruppe anzugehören, die nicht zu der führenden Schicht zählt, wirkt sich aufgrund der rassistisch diskriminierenden Struktur Guatemalas negativ auf die Armut aus. Neben dem Rassismus spielt auch der Machismo eine grosse Rolle, wodurch indigene Frauen aufgrund ihres Geschlechts und ihrer ethnischen Zugehörigkeit doppelt benachteiligt sind. Ungleichberechtigung und patriarchalische Strukturen zwischen Männern und Frauen sind in der Kultur verankert, und die Rollenteilung der Geschlechter werden von Generation zu Generation weitergegeben. Die Rollenteilung ist auch der Grund, warum indigene Frauen sich von den Folgen der Megaprojekte direkt betroffen fühlen: sie sind verantwortlich für die Gesundheit und Ernährung der Familie; sie sind es, die Wasser benötigen (um zu waschen, kochen etc.), und damit sind sie die ersten, die von Umweltverschmutzung und Ernteverlusten betroffen sind.

Um sich dem entgegenzustellen, haben sich mit Ende des Bürgerkriegs und der Rückkehr der Vertriebenen verschiedene Frauenorganisationen gegründet. Allerdings sind diese Bewegungen in der Hauptstadt wesentlich stärker vertreten und gleichzeitig weniger präsent in den ländlichen Gebieten, die von Megaprojekten betroffen sind. Die patriarchalische Kultur Guatemalas ist ebenso mitverantwortlich für die öffentliche Gewalt, durch die viele Frauen zu Opfer werden, bekannt unter dem Konzept *Feminizid*. Dem hinzuzufügen ist die häusliche Gewalt und die soziale Restriktion, gemäss der Frauen in der Öffentlichkeit nichts zu suchen haben. Denn wenn eine Frau ausserhalb des Hauses arbeitet, dann nur „weil sie andere Männer aufsucht“.

Desgleichen haben Frauen prozentual weniger Zugang zu Land und Krediten als Männer und das in einem Kontext, in dem der Zugang zu Land für die indigene Bevölkerung historisch und wirtschaftlich eh schon begrenzt ist. Ähnliche Schwierigkeiten sind im Zugang zu Bildung, Gesundheit und politischer Mitsprache zu verzeichnen (siehe ¡Fijáte! 463). Neben den schwierigen Bedingungen auf dem Land (wenige Gesundheitszentren und Schulen in weiter Entfernung, die politische Arbeit konzentriert sich in der Hauptstadt) trägt die sexuelle Rollenteilung einen Teil der Schuld an dieser Ungleichheit. Die Meinung, dass „eine Frau nicht lernen muss, wenn sie dann doch nur Mutter sein wird und sich um den Haushalt kümmert“, ist noch immer weit verbreitet.

Im **zweiten Kapitel der Studie** werden drei Regionen, die dortigen Frauenorganisationen und ihre Aktionen zum Schutz der Natur beleuchtet.

- Die erste Region ist **Santa Maria Xalapán** in Jalapa und die Arbeit der xalapeñischen Organisation von Frauen des Xinka-Volkes, AMISMAXAJ.

In dieser Ortschaft begannen sich einige Frauen mit Hilfe des Frauensektors zu organisieren, um sich politisch zu bilden. Durch interregionale Treffen wurden sie auf die Situation der Megaprojekte aufmerksam und stellten

fest, dass auch in Jalapa schon mehrere Lizenzen vergeben wurden (die offiziellen Angaben über die Anzahl sind sehr konfus) – unter anderem für die Silbermine Escobal der Firma Rafael, Tochtergesellschaft der kanadischen Goldcorp Inc. Da dies geschah, ohne die örtliche Bevölkerung zu informieren, geschweige denn zu fragen, begann AMISMAXAJ das Thema zur Sprache zu bringen und zusammen mit weiteren Xinka-Organisationen eine Kampagne gegen die Installation von Megaprojekten einzuleiten. Im Rahmen dieser Öffentlichkeitsarbeit wird im November Lorena Cabnal*, Mitglied und Mitgründerin von AMISMAXAJ, eine Europatour machen und vom 7. bis 13.11. in Deutschland anzutreffen sein (genauere Infos unter pbi Deutschland).

- Das zweite Gebiet, welches die Studie näher beleuchtet, ist der **Ixcán** im Norden des Departements El Quiché.

Dort geht es um das Wasserkraftwerk Xalalá, welches schon seit 30 Jahren geplant ist. Verschiedene Frauenorganisation spielten und spielen im Widerstand gegen das Werk eine tragende Rolle. Zum Beispiel waren sie es, die die Volksbefragung im April 2007 vorantrieben. Auch sind aufgrund der Geschichte des Ixcáns die Organisationen sehr gut vernetzt. Viele Organisationsstrukturen wie z.B. Mama Maquín stammen aus den Zeiten des Exils in Mexiko oder in den Bergen, wo die Tatsache, sich zu organisieren, lebensnotwendig war, und wurden seitdem weiterentwickelt. Bis zum jetzigen Zeitpunkt war der Widerstand gegen das Projekt Xalalá mit all seinen erwarteten Konsequenzen (Vertreibungen, Umweltschäden ... siehe ¡Fijáte! 444) erfolgreich, denn noch konnte die Regierung keine Firma finden, die sich für Xalalá begeistern liess.

- Dritter Schwerpunkt des Berichtes sind die Zustände im Kachikel-Stadtgebiet **San Juan Sacatepéquez** und der Bau einer Zementfabrik durch *Cementos Progreso*.

Dort spürten und spüren die Frauen als erste die Folgen des Baus der Fabrik, da sie, wie in Teil 1 erwähnt, für Ernährung und Gesundheit der Familie verantwortlich sind. Und die Konsequenzen sind zahlreich:

- Rückgang des Wassers und Verschlechterung dessen Qualität
- Luftverschmutzung, vor allem starke Staubbelastung
- Rückgang der Blumenproduktion, welche eine der Haupeinkommensquellen der Kachikeles aus San Juan Sacatepéquez ist, bedingt durch die Luftverschmutzung
- Umwelt- und Landverschmutzung
- Gesundheitsprobleme, vor allem der Atemwege, bedingt durch Staub und Verschmutzung
- Streit zwischen Gemeinden und Familien, da einige die Zementfabrik aufgrund finanzieller Vorteile unterstützen. Die Zerstörung des sozialen Netzes betrifft wiederum stärker die Frauen, da sie es sind, die die Familien zusammenhalten bzw. für die Kinder sorgen.
- Anstieg der sozialen Kontrolle durch Polizei, Militär und *Cementos Progreso*. Durch Aggressionen zwischen AnwohnerInnen und Arbeitern der Zementfabrik wurden Ausnahmezustände ausgerufen, was wiederum die Gewalt verstärkte, da Freiheiten verboten wurden wie das Versammlungsrecht oder die Sperrstunde eingeführt wurde; Militär bzw. Polizei drangen in Häuser ein, „baten“ um Essen und wurden dabei auch gewalttätig gegenüber den BewohnerInnen. (Mehr Informationen zu den Geschehnissen in San Juan sind im ¡Fijáte! 450 zu finden).

Anfang Juni dieses Jahres kam es zu erneuten Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern der Zementfabrik und Gemeindemitgliedern, welche die durch den Sturm Agatha zerstörte Strasse reparieren wollten. Es kam zu handgreiflichen Aggressionen und Morddrohungen. Auch standen die Zwischenfälle im Zusammenhang mit dem geplanten Besuch des UN-Sonderberichterstatters für indigene Völker, James Anaya. Gerüchten zufolge sollte ein Ausnahmezustand provoziert werden, um sein Eintreffen zu verhindern.

Der dritte Teil der Studie geht vor allem auf internationale und nationale Politiken ein, welche den Bau von Megaprojekten in Guatemala unterstützen wie zum Beispiel der Plan Mesoamerika, ehemals Plan Pueblo Panama, oder die Freihandelsabkommen mit den USA und der Europäischen Union. Letztere wurden erst kürzlich unterschrieben.

Ebenso wird auf die Folgen der Megaprojekte eingegangen:

- Umweltschäden durch Luftverschmutzung, Wasserverschmutzung und Störung des natürlichen Wasserhaushaltes, was zu Trockenheit oder Überschwemmungen führt, Bodenverschmutzung, Abholzung von Wäldern, was sich auf Flora und Fauna auswirkt und Tier- und Pflanzenarten aussterben lässt.
- Soziale, wirtschaftliche und kulturelle Folgen: Krankheiten, besonders der Haut und Atemwege; Vertreibungen, Räumungen von Gemeinden; Verarmung, da aufgrund der Umweltverschmutzung die landwirtschaftliche Produktion zurückgeht oder Land verkauft wurde/werden musste; Schäden an Infrastruktur wie Häusern oder Strassen durch Überschwemmung, schweres Gefährt, Bodenerschütterung durch Minenarbeiten.
- Kriminalisierung der AnführerInnen der Gemeinden und Resistenzbewegungen, von Verleumdung, Bedrohung bis Verhaftung; Anstieg von Gewalt und Kriminalität in den Gemeinden, Zerstörung des sozialen Netzwerkes.
- Erhöhung der Geschlechter-Differenzen, da Arbeitsplätze z.B. im Bergbau fast nur für Männer geschaffen werden, was die wirtschaftliche Abhängigkeit der Frauen erhöht. Gleichzeitig tragen die Betroffenen keinen Nutzen von den Projekten (z.B. Stromversorgung bei Wasserwerken) und sind nicht an

der Administration oder am Gewinn beteiligt. Die oft versprochene Entwicklung der Region bleibt aus, oder es wird ein Entwicklungsmodell aufgezwungen, das nicht den Werten und Prinzipien der indigenen Völker entspricht (z. B. ein Leben in Harmonie mit der Natur versus gut asphaltierter Strassen).

Auch kommt in diesem dritten Abschnitt das Konzept des Umweltrassismus zur Sprache: Umweltgesetze werden ignoriert oder nicht respektiert, um Projekte zu fördern, die erwiesenermassen schädlich für die Umwelt sind (wie z.B. die Erdölfelder im Naturpark *Laguna del Tigre*). Dies geschieht vor allem in Gebieten bestimmter ethnischer Gruppen wie die indigenen Maya oder Xinkas in Guatemala, die dann die Leidtragenden der Folgen sind, und der Gewinn geht an transnationale Firmen. Hauptverantwortlich ist der Staat, der die Projekte zulässt ohne die Betroffenen um ihre Meinung zu fragen, und damit gleichzeitig gegen die Kompromisse verstösst, die mit der *Internationalen Konvention über die Ausrottung aller Arten der rassistischer Diskriminierung* von Guatemala anerkannt wurden.

Die Studie über indigene Frauen im Widerstand endet mit einer Reihe von Hinweisen, die an die internationale Gemeinschaft gerichtet sind, und zählt auf, welche Verpflichtungen dem Staat und den Firmen zukommen. Wer an detaillierter Informationen zu den einzelnen Kapiteln interessiert ist, ist eingeladen, den gesamten Bericht zu lesen, der auf Spanisch und Englisch zu finden ist unter:

<http://www.peacebrigades.org/publications/guatemala/special-reports/>

Ein ausführliches Interview mit Lorena Cabnal (auf spanisch) ist zu finden unter:

<http://www.revistapueblos.org/spip.php?article1977>

Hunderte von Personen zu “wissenschaftlichen Zwecken” mit Geschlechtskrankheiten infiziert

USA/Guatemala, 2. Okt. Im Oktober wird in Guatemala jedes Jahr der “Revolution” gedenkt, der zehn Jahre des „demokratischen Frühlings“ von 1943 bis 1954 unter den Regierungen von Jacobo Arbenz und Juan José Arévalo. Dieses Jahr werden die Gedenkfeiern überdeckt von einer traurigen Geschichte, die in den Jahren 1946 bis 1948 stattfand und vor wenigen Tagen erst ans Tageslicht kam: In dieser Zeit wurden 1610 GuatemalteKInnen im Rahmen einer US-amerikanischen „Forschungsstudie“ absichtlich mit Geschlechtskrankheiten (Gonorrhöe und Siphylis) infiziert, um die Wirkung des damals noch neuen Penicilin auf den Krankheitsverlauf zu testen. Geleitet wurde das Experiment in Guatemala von United-States-Public-Health-Service-Arzt John Cutler, der später auch in die umstrittene und menschenverachtende Tuskegee-Syphilis-Studie an afroamerikanischen Männern involviert war, bei der der Verlauf der unbehandelten Syphilis beobachtet wurde. Gemäss in den USA vorliegenden Dokumenten sollen 71 Personen den Versuch in Guatemala nicht überlebt haben.

Die Medizinhistorikerin Susan M. Reverby vom Wellesley College in Massachusetts brachte die Geschehnisse bereits im Mai 2010 an die Öffentlichkeit. Gemäss Angaben des guatemalteKischen Botschafters in den USA, Fernando de la Cerda, wusste sein Land von diesen Experimenten nichts, bis sich in der Nacht auf den 1. Oktober die US-amerikanische Aussenministerin Hillary Clinton telefonisch bei ihm meldete und sich für diese Schandtät entschuldigte. Dieser Entschuldigung hat sich unterdessen auch Präsident Barak Obama angeschlossen, der auch sofort eine Untersuchungskommission einsetzen will.

Gemäss den Dokumenten von Cutler, zu denen Reverby Zugriff hatte, führte dieser die Studie unter Mitwissen seiner Vorgesetzten und finanziert von der Vorgängerorganisation der heutigen *Panamerikanischen Gesundheitsorganisation* (PAHO) durch. Ihre „Partner“ in Guatemala waren das Gesundheits- und das Justizministerium, die Armee und das Nationale Spital für Psychiatrie. Die Ergebnisse der Studie wurden nie veröffentlicht, und die rund 1500 Personen, die als Versuchskaninchen missbraucht wurden, nie darüber informiert.

Bei den ersten Experimenten der Studie wurde mit Gonorrhöe und Siphylis infizierten Prostituierten erlaubt, ungeschützte sexuelle Beziehungen mit Soldaten und Häftlingen zu haben. Als sich herausstellte, dass so nur wenige Männer angesteckt wurden, konzentrierte man sich darauf, den Männern (unter anderem auch Patienten der Psychiatrie) die Krankheit direkt „einzuimpfen“. Ein Teil der angesteckten Personen erhielt eine Behandlung, andere nicht. Unklar ist, ob die als Übertragerinnen eingesetzten Prostituierten behandelt wurden. Unterdessen wurde auch bekannt, dass Versuche an Waisenkindern durchgeführt wurden.

Die Tatsache, dass diese Menschenrechtsverletzungen höchstwahrscheinlich mit der Zustimmung der Administration von Juan José Arévalo durchgeführt wurden, hat in Guatemala kontroverse Reaktionen ausgelöst. Während MenschenrechtsverteidigerInnen wie der Ombudsman Sergio Morales, Frank LaRue, aber auch die

Abgeordnete Zury Ríos, Mitglied der Gesundheitskommission des Kongresses, die sofortige Aufklärung dieser Taten und eine Entschädigung für die Opfer fordern, reagieren Leute wie Alfonso Bauer Paiz, ehemaliger Arbeits- und Wirtschaftsminister unter Präsident Arbenz eher skeptisch: „Ich erinnere mich nicht daran, und es würde mich nicht erstaunen, wenn die Gringos diese Geschichte nutzten, um den verstorbenen Arévalo in ein schlechtes Licht zu setzen.“ Präsident Alvaro Colom versicherte, dass diese Geschichte die Beziehung zwischen seinem Land und den USA in keiner Weise schädigten. Er setzte sofort eine Untersuchungskommission ein, die mit der Aufklärung der Vorfälle betraut wird. Mitglieder dieser Kommission sind nebst ihm selber und dem Vizepräsidenten der Gesundheits- und der Verteidigungsminister, das Aussenministerium, die ÄrztInnenkammer und der Urologe José Barnoya. Als erstes soll die Echtheit der Dokumente geprüft werden, und dann in den verschiedensten Archiven der involvierten Stellen nach PatientInnenlisten gesucht werden. Mindestens im Fall des Nationalen Spitals für Psychiatrie wird das schwierig, ist doch dieses Archiv 1960 bei einem Brand vollständig zerstört worden.

„Friedensvertrag“ zwischen besetzenden StudentInnen und dem Obersten Universitätsrat (CSU)

Guatemala, 1. Okt. Nach 52 Tagen Streik und Besetzung von Universitätsgebäuden unterzeichneten VertreterInnen der *Studierenden für die Autonomie* (EPA) und der Oberste Universitätsrat (CSU) ein Abkommen, das sechs Punkte umfasst und vorerst den Konflikt bzw. die Besetzung an der Universität San Carlos (USAC) beendet. Das Abkommen wurde dank Vermittlung von Kardinal Rodolfo Quezada Toruño geschlossen.

Erster und wichtigster Punkt ist, dass die EPA die besetzten Uni-Pavillons räumt und somit der Universitätsbetrieb am 4. Oktober wieder aufgenommen werden konnte. Ebenso wurde vereinbart, dass ein Kongress über eine Universitätsreform abgehalten werden soll und bis am 21. Oktober die Mitglieder dieser multisektoriellen Kommission bestimmt sein müssen.

Punkt drei ist die Schaffung eines Runden Tisches, der am 7. Oktober seine Arbeit aufgenommen hat und dessen Aufgabe es ist, Mechanismen zu entwerfen, die den Studierenden zur Einforderung ihrer Rechte helfen sollen. Dieser Runde Tisch soll auch einen ersten Entwurf über ein Universitäts-Reform-Gesetz verfassen. Sowohl die multisektorielle Kommission wie auch der Runde Tisch ist zusammengesetzt aus VertreterInnen der EPA, des CSU, der DozentInnen und von Berufsverbänden.

Ein weiterer Punkt, der vereinbart wurde, ist die Neukalendrierung der akademischen Aktivitäten, die durch den Konflikt sistiert wurden. Und: der CSU verzichtet auf eine Strafklage gegen die Mitglieder der EPA.

Ausgrabungen in La Verbena: Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur Gerechtigkeit

Guatemala-Stadt, 24. Sept., von James Rodriguez mimundo.org Mitglieder der *Stiftung für anthropologische Forensik Guatemalas* (FAFG) arbeiten seit sieben Monaten an den bahnbrechenden Ausgrabungen auf dem Friedhof La Verbena. Dies ist zweifellos das komplexeste und ambitionierteste Projekt bei der Suche nach den 45'000 Verschwundenen und Opfern des Staatsterrors der 1970er und 1980er Jahre. La Verbena ist einer der Hauptfriedhöfe der Hauptstadt. Er befindet sich am Rande einer Schlucht, direkt neben einem Slum. Manchmal ist es schwierig, das eine vom anderen zu unterscheiden, da die Strukturen so ähnlich sind. Nicht identifizierte Leichen, gekennzeichnet mit XX, sind hier während vieler Jahrzehnte begraben worden. Diese Leichen sind buchstäblich in die tiefsten Abgründe geworfen worden. In welche Tiefen ist nicht mal der Friedhofsverwaltung bekannt. Über die Jahre wurden auch Leichen aus Gräbern, für die nicht bezahlt wurde, ausgegraben und ebenfalls in diese Beinhäuser geschmissen. Da es also keine verfügbaren Daten gibt – Namen, Mengen, Tiefen – wurde angenommen, dass sie auch als letzter Ort für jene dienten, die Opfer des Verschwindenlassens während des guatemalteckischen Bürgerkriegs wurden. Lange Zeit aber fehlte der politische Wille, die rechtliche Unterstützung und auch die notwendige Technologie, um hier Exhumierungen durchzuführen.

Am 28. Februar 2010 änderte sich das: In einer Zeremonie im Beisein von VertreterInnen der Witwenorganisation CONAVIGUA, der Gruppe gegenseitiger Hilfe GAM und der Familienangehöriger Verschwundener FAMDEGUA begannen die Exhumierungen in La Verbena, verbunden mit der Kampagne der FAFG „Mein Name ist nicht 'XX'“. Anlässlich dieser Zeremonie erklärte Ana Lucrecia Molina Theissen, die noch immer ihren Bruder Marco Antonio sucht, der mit 14 Jahren von der guatemalteckischen Armee entführt wurde und seither verschwunden ist: „Wenn wir nicht so hartnäckig gewesen wären, könnte man glauben, die Verschwundenen hätten niemals existiert. Wir sind hier nicht auf einem Fest, sondern auf einem Begräbnis – das seit dreissig Jahren überfällig war.“

Der emotionalste Moment kam, als die anwesenden Angehörigen spontan begannen, die Namen vieler Opfer zu benennen, von denen sie vermuteten, sie könnten hier begraben liegen.

Marylena Bustamente (GAM), Schwester des verschwundenen Emil Bustamente, ermahnte den anwesenden US-Botschafter Stephen McFarland, alle Akten zu öffnen, die Informationen über die Verschwundenen enthalten könnten. Sie fügte hinzu: „Schweigen ist Komplizenschaft mit den Militärs. Lasst uns ‚Nein‘ sagen zum Vergessen und ‚Ja‘ zur Erinnerung!“ Dina Mayarí de León, Tochter des bekannten Dichters Luis de León, eines weiteren Opfers, erklärte: „Um uns zu versöhnen, müssen wir die Wahrheit wissen! Denn Gerechtigkeit basiert auf der Wahrheit.“

Man hatte vermutet, dass das erste Massengrab (*Osuario 1*) zwischen 20 und 40 Meter tief sein würde. Allerdings wurde der Boden nach drei Monaten bereits nach sieben Metern erreicht. Die forensischen AnthropologInnen bereiten nun das Terrain im Inneren des *Osuario 1* vor, um die 2400 gefundenen Leichen zu untersuchen. Aktuell arbeitet die FAFG an den Exhumierungen von *Osuario 2* in einer Tiefe von fast 10 Metern. Das geschieht in koordiniertem Teamwork, während einige graben, exhumieren andere und wieder andere registrieren die Funde.

Fredy Peccerelli, Direktor der FAFG, erklärt zu seiner Arbeit: „Die Analyse selbst ist viel zeitraubender als die Bergung. Jeder Knochen muss gesäubert und katalogisiert werden. Jedoch werden DNA-Analysen nur an Schädeln, Oberkiefern und linken Oberschenkelknochen vorgenommen. Deren Ergebnisse werden dann mit der DNA von den Angehörigen der verschwundenen Opfern verglichen. Diese DNA-Probe der Familienangehörigen spielen eine wichtige Rolle bei der Identifikation der Skelette.“

„Abgetrennte Knochen werden gemessen und katalogisiert“, fährt Peccerelli fort, „aber sie erhalten keine individuelle Nummer, sondern werden in einen grossen Sack gesteckt, der ins Labor gebracht wird. Individuelle Nummern erhalten nur so gut wie komplett erhaltene Leichen, welche dann bis zur Analyse in eine Plastiktüte gesteckt werden.“ Alle Knochen erhalten eine erste Analyse im mobilen Labor in La Verbena. Dabei werden sie nach Geschlecht, Alter und – sofern vorhanden – sichtbarer Gewalteinwirkungen registriert.

„Die Knochen mit Spuren von Gewalteinwirkung erhalten eine spezielle Behandlung. Denn erste Studien ergaben, dass vermutlich die meisten Opfer des Verschwindenlassens, die hier möglicherweise begraben sind, zuvor exekutiert wurden. Daher wird ein Knochen, der Gewalteinwirkungen zeigt, zum Genetisch-Forensischen Labor für weitere Untersuchungen geschickt.“

Die Exhumierungen werden fortgesetzt, bis alle drei Beinhäuser ganz geleert sind. Das dürfte bis in die ersten Monate des Jahres 2011 dauern. Viele Familienangehörigen hoffen und bangen, dass die Überreste ihrer geliebten Verwandten hier sind, um so nach vielen Jahren endlich die Zeit der schmerzhaften Ungewissheit beenden zu können. Viele von ihnen werden den Worten zustimmen, die Marylena Bustamante Ende Februar sagte: „Die Zeit ist gekommen, um dank dieser Beweise Gerechtigkeit zu erhalten.“

Exhumierung auch in Agua Blanca

Guatemala, 1. Okt. AnthropologInnen des *Nationalen Entschädigungsprogramms* (PNR) sowie MitarbeiterInnen des *Nationalen Instituts für Forensische Wissenschaften* (Inacif) haben vergangenen Donnerstag die Überreste von fünf, 1982 vom Militär ermordeten Indígenas lokalisiert und ausgegraben. Es ist dies die erste Exhumierung seit Unterzeichnung des Friedensvertrages von 1996, die von staatlichen Stellen ausgeführt wurde

Die in Plastik eingehüllten Überreste wurden auf der Rückseite einer Schule in Agua Blanca 1, Aguacatán, Huehuetenango, exhumiert. Ein Experte des Inacif sagte, dass die Überreste sich unterhalb einer Betonplatte etwa in einem Meter Tiefe befanden. Bei den Leichnamen handelt es sich um Félix Cruz Mendoza, seinen Bruder Roberto Virgilio, Gaspar Ailón Solís, dessen Sohn Gaspar sowie José Ailón, die allesamt von Soldaten mit Gewalt aus ihren Häusern in die Kaserne von Aguacatán verschleppt wurden.

Nach Angaben von Angehörigen der Opfer kamen die Militärs um Mitternacht des 26. Februar 1982 und brachten jene Männer mit gefesselten Händen zum Fluss Bucá im Weiler Agua Blanca, wo sie exekutiert und später hinter der Schule verscharrt wurden. „Sie waren Landarbeiter, sie hatten mit niemandem Streit“, sagte Pablo Cruz, der Bruder von Félix und Roberto Virgilio.

„Der nächste Arbeitsschritt“, erklärte der Forensiker des Inacif, „wird sein, die Profile der Leichname mit der DNA der Angehörigen abzugleichen. Dieser Prozess wird lange Zeit dauern“, fügte er hinzu, und so lange er nicht abgeschlossen sei, können die Leichname nicht an die Verwandten zur Beerdigung übergeben werden.

Das diplomatische Verzeihen und das andere

Es gibt viel über das Verzeihen zu sagen, und zwar nicht nur jetzt, wo die Regierung der USA vor laufenden Kameras einen unerwarteten Kniefall machte und sich flink entschuldigte, bevor die widerwärtige Nachricht publik wurde: Das öffentliche Gesundheitswesen der USA unter der Administration von Harry Truman (1945-1953) verbreitete Geschlechtskrankheiten unter über 1500 GuatemalteKInnen: Kindern, Prostituierten, Häftlingen, Soldaten und Geisteskranken. Diese Versuche dienten dazu, später der weissen nordamerikanischen Bevölkerung risikolos Penicillinbehandlungen verabreichen zu können. (Die Gringo-Ärzte versicherten ihren menschlichen Versuchskaninchen, dass sie wegen *schlechtem Blut* nicht heilbar seien; ein weitverbreiteter Begriff unter der damaligen guatemaltekischen Elite, um den Rassismus, die Ausbeutung und die erniedrigende Behandlung der indigenen Bevölkerung zu rechtfertigen.) Die Anerkennung dieses Schmach durch die Regierung der USA nannte Präsident Colom „Rittertum“.

Aber nebst diesem Diplomatenjargon gäbe es noch viel mehr über das Verzeihen zu sagen. Zum Beispiel wer, wann, weshalb und bei wem um Verzeihung bittet. Im Fall der USA ist es Präsident Obama, der darum bemüht ist, dass sein Imperium nicht noch mehr an Ansehen verliert im immer ärmer werdenden Lateinamerika; er bittet 62 Jahre später um Verzeihung für etwas, das nur per Zufall überhaupt öffentlich wurde, derweil viele andere Verbrechen aus jener und aus heutiger Zeit im Dunkeln bleiben. Und er bittet ein Guatemala um Verzeihung, das völlig heruntergekommen ist und dessen PolitikerInnen und OligarchInnen sich prostituieren. (Man kann sich leicht vorstellen, dass die Chefs der USA sich vor der Entschuldigung ausrechneten, wie wenig ihnen die Wut der GuatemalteKInnen etwas anhaben kann.)

Hier wie überall lohnt es sich zu überlegen, was nicht gesagt wird. Die Liste der Übergriffe und Verbrechen des Imperiums in seinem Hinterhof ist unendlich lang: Die Contras in Nicaragua; die Todesschwadronen und der Genozid in Guatemala; die Verbreitung von Dengue zuerst in Cuba (Ende der 80er Jahre) und später in Nicaragua; dazu Dutzende von gewaltsamen Interventionen in fast allen Ländern Afrikas, Lateinamerikas und in den islamischen Ländern; Völkermorde wie jene von Hiroshima und Nagasaki (als Japan schon fast bezwungen war) oder die aktuelle und feige Unterstützung des künstlichen Staates Israel, der rassistisch und völkermörderisch gegen die PalästinenserInnen und andere arabische Länder vorgeht. – Auch wenn die USA für einige dieser Verbrechen diplomatisch um Verzeihung gebeten haben (z. B. Präsident Clinton für die „Operation Exito“, die unseren Präsidenten Arbenz zu Fall brachte oder für die Bomben auf Hiroshima und Nagasaki), könnte man mit der Liste der Pardons, welche die USA der Welt schuldet, ein Museum füllen, das den imperialistischen Perversionen gewidmet ist.

Die Grossmächte und ganz allgemein die Herrscher, verwechseln das Verzeihen mit der Diplomatie und reduzieren es auf ein reines Abwägen von Risiken und Vorteilen. Und es kann manchmal von Vorteil sein, so zu tun, als wolle man „den Arsch hinhalten“ – wie es manche besiegte Tiere vor ihren Besiegern tun –, als eine internationale Schmach einzustecken. Aber das hat nichts mit der ethischen Dimension des Akts des „Um-Verzeihung-bittens“ zu tun, etwas vom Köstlichsten, das die Menschheit besitzt. Das menschliche Pardon wird nicht auf dem Spielbrett der Machtinteressen verhandelt, sondern liegt in der Fähigkeit, radikale Verhaltensänderungen vorzunehmen; seine Qualität zeigt sich in der Bereitschaft, für die Schäden aufzukommen, Rechtsprechung zu akzeptieren, das Geschehene nicht zu wiederholen und in neuen, positiven und gleichberechtigten Beziehungen zwischen Täter und Opfer. Ein Verzeihen, das nur diplomatisch und nicht ethisch ist, ist nichts anderes als eine hohle Geste und ein Hohn gegenüber den Opfern.

In einem Land wie unserem, das unterbittlich unterdrückt ist, bedeutet nicht einmal ein diplomatisches Pardon den Militärs und den oligarchen Völkermördern etwas – geschweige denn ein ethisches Verzeihen. Wahrscheinlich hat ihre Risikoberechnung ergeben, dass sogar ein diplomatisches „Um-Verzeihung-bitten“ ein tragischer Präzedenzfall wäre, würde einer von ihnen den Clan verraten und um Verzeihung bitten für all das viele unschuldige Blut, das in Guatemala vergossen wurde. Weshalb jene um Verzeihung bitten, deren historisches Schicksal es ist, unter ihren Schuhen zertreten zu werden?

Es ist eine Machtfrage. Erst wenn die Macht wankt, die Positionen sich aufweichen, wird auch um Verzeihung gebeten. Ich erinnere mich, wie einige blutrünstige Ex-Patrouilleros, die früher im Schutz der Armee handeln konnten und später von ihr im Stich gelassen wurden, plötzlich Angst bekamen, als die Exhumierungen der

Massengräber in einem indigenen Dorf im Altiplano begannen. Eines Tages schickten sie eine Delegation zu einem der Anführer der Opfer, der mit Menschenrechtsorganisationen zusammenarbeitete, und wollten verhandeln: Sie boten Geld und forderten im Gegenzug, dass es keine Strafverfolgung geben sollte.

Aber der Tenor ist in unserem unerbittlich unterdrückten Land, dass nur die unten um Verzeihung bitten: Die Opfer sollen vergessen und vergeben, damit ein dauerhafter Friede möglich ist; die traumatisierten Leute sollen verzeihen, damit Ruhe in ihre Herzen komme; die Gläubigen sollen vergeben, um die katholischen oder evangelischen Götter zu besänftigen; die Unterdrückten und Ausgeschlossenen sollen auf eine Konfrontation verzichten ... Man muss verzeihen können, sagen uns die BesitzerInnen des Landes, die PolitikerInnen, die FunktionärInnen des Staates, die Pfarrer und die Priester.

Aber es gibt nur ein paar wenige, die sagen: Es ist unabdingbar, dass alle Täter auf allen Stufen der sozialen Skala (Reiche, Ladinós, indigene Autoritäten, Männer, Erwachsene etc.) die Weisheit praktizieren und um Verzeihung zu bitten. Dass dieses Wort in unserem traurigen und verletzten Land erklingen möge. Wir möchten es hören, vor allem von jenen, die sich des Landes und der Menschen bemächtigt haben. Selbst die Steine in unseren Dörfern sehnen sich nach diesem Wort. Dass jemand z. B. sagt: "Ich, Angehöriger der guatemaltekischen Armee, ich, Mitglied der abgestandenen Familien der Oligarchie, richte mich an euch, guatemaltekische MitbürgerInnen, um euch um Verzeihung zu bitten, und ich bin bereit, mein Verhalten euch gegenüber zu ändern, koste es, was es wolle."

Welch süsse, seltene, aussergewöhnliche Worte ...!

Wenn diese Worte eines Tages in Guatemala gesagt werden, bin ich überzeugt, dass die Winde Lieder von den Cuchumatanes herunterpfeifen, die Regenwälder der Verapaces in Tränen ausbrechen, die Blumen Guatemalas wie Jugendliche aufseufzen und die Regenschauer auf den grünen Sombreros der Maisfelder applaudieren. An diesem Tag wird das Gedächtnis von Hunderttausenden von Mayas und armer MestizInnen in Wehen treten und die Zukunft würde geboren.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

barbara-m@bluewin.ch

E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78315 Radolfzell

fijate@web.de

E-Mail-Abo: Euro 50.-